

Landtag Nordrhein-Westfalen

14. Wahlperiode

Gesetzesdokumentation

Archiv-Signatur: LTNRW 19 A 0303/14/95

Viertes Gesetz

zur Änderung des Abgeordnetengesetzes

vom 20. Dezember 2007

Bearbeitet von der Landtagsdokumentation

Inhalt

Vorwort V

Gesamtverzeichnis der Materialien VII

Materialdokumentation

Beratungsunterlagen und Protokolle 1

Beratungsergebnis 37

Gängige Abkürzungen:

APr	Ausschussprotokoll
Drs	Drucksache
GesDok	Gesetzesdokumentation
GV.NRW	Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen
Inf	Information
Ltg.NRW	Landtag Nordrhein-Westfalen
NöAPr	Nicht öffentliches Ausschussprotokoll
PIPr	Plenarprotokoll
Stgn	Stellungnahme
Vorl	Vorlage

Vorwort

Die Gesetzgebung ist eine der wichtigsten Aufgaben des Parlaments. Die einschlägigen Regelungen dazu finden sich im Dritten Teil der Landesverfassung sowie in der Geschäftsordnung des Landtags NRW.

Aus diesem Grunde stellt der Landtag Nordrhein-Westfalen seit Anbeginn seiner Arbeit 1946 zu allen vom Landtag verabschiedeten Landesgesetzen sogenannte Gesetzesdokumentationen in Buchform bereit.

Eine Gesetzesdokumentation enthält in chronologischer Folge die Beratungsunterlagen, Protokolle, Beratungsergebnisse und die weiteren Materialien zum jeweiligen Landesgesetz.

Enthalten sind z.B. der Gesetzentwurf mit der Gesetzesbegründung, die Plenar- und Ausschussdebatten, die Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, etwaige Änderungsanträge, Stellungnahmen von Sachverständigen, Vorlagen von Ministerien und die gültigen Gesetzesfassungen.

Die Materialien einer Gesetzesdokumentation sind neben allen anderen Parlamentspapieren des Landtags NRW über die Datenbank der Landtagsdokumentation erschlossen und wieder auffindbar.

Ein Großteil der in der Gesetzesdokumentation kompilierten Dokumente ist auch über das im Internet angebotene Dokumentenarchiv zugänglich.

Die Datenbank und das Dokumentenarchiv sind recherchierbar unter:

<http://www.landtag.nrw.de>

Landtag Nordrhein-Westfalen
Postfach 10 11 43
40002 Düsseldorf

Beratungsunterlagen und Protokolle

<u>CDU-Fraktion</u> <u>SPD-Fraktion</u> <u>FDP-Fraktion</u> <u>Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN</u> Gesetzentwurf vom 04.12.2007	Drucksache 14/5584 (Neudruck)	1
<u>Landtag Nordrhein-Westfalen</u> 76. Sitzung am 05.12.2007 1. Lesung zu Drs 14/5584 (Neudruck)	Plenarprotokoll 14/76 S. 8764, 8919, 8947	10, 13, 19
<u>Hauptausschuss</u> 39. Sitzung am 13.12.2007 (öffentlich) zu Drs 14/5584 (Neudruck)	Ausschussprotokoll 14/570 S. 2, 7	22, 23
<u>Hauptausschuss</u> Beschlussempfehlung und Bericht vom 13.12.2007	Drucksache 14/5798	25
<u>Landtag Nordrhein-Westfalen</u> 79. Sitzung am 19.12.2007 2. Lesung zu Drs 14/5584 (Neudruck)	Plenarprotokoll 14/79 S. 9138, 9312	32, 35

Beratungsergebnis

Landtag Nordrhein-Westfalen
Gesetzesausfertigung der
Landtagspräsidentin
vom 19.12.2007

Gesetz
14/95

37

Landesregierung Nordrhein-Westfalen
Gesetz- und Verordnungsblatt für das
Land Nordrhein-Westfalen
vom 28.12.2007

2007, Nr. 34
S. 701, 741

41, 43

04.12.2008

Neudruck

Gesetzentwurf

**der Fraktion der CDU
der Fraktion der SPD
der Fraktion der FDP
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Viertes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes

A Problem

Nach § 15 Abgeordnetengesetz des Landes Nordrhein-Westfalen - AbgG NRW - erstattet die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen dem Landtag jährlich einen Bericht über die Angemessenheit der Abgeordnetenbezüge und legt zugleich einen Vorschlag zur Anpassung der Bezüge vor.

Diesen Angemessenheitsbericht hat sie am 19. November 2007 (Ausgegeben: 21. November 2007) - Drucksache 14/5547 - erstattet. Der Bericht basiert auf der Grundlage der vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik erhobenen Feststellungen über die allgemeine Lohn- und Gehaltsentwicklung, sowie die Lebenshaltungskosten und Einzelhandelspreise des vergangenen Jahres.

Nach dem vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik übermittelten Indexwert und seiner Gewichtung berücksichtigen die Abgeordnetenbezüge nach § 5 Absatz 1 AbgG NRW nicht mehr die zwischenzeitlich eingetretene Lohn- und Gehaltsentwicklung und die Veränderungen der Lebenshaltungskosten und Einzelhandelspreise im Jahr 2006. Veränderungen in der Lohn- und Gehaltsentwicklung sind ebenfalls nicht bei den Mitteln berücksichtigt, die den Abgeordneten im Rahmen der Amtsausstattung zur Beschäftigung von Mitarbeitern nach § 6 Abs. 3 AbgG zur Verfügung stehen.

Datum des Originals: 04.12.2007/Ausgegeben: 04.12.2007

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

B Lösung

Die Abgeordnetenbezüge nach § 5 Abs. 1 AbgG NRW werden zum 1. Juli 2008 entsprechend dem Angemessenheitsbericht um 1,275 Prozent angehoben.

Der Betrag der Mitarbeiterpauschale in § 6 Abs. 3 AbgG NRW wird entsprechend der linearen Erhöhung für die Beschäftigten des Landes um 2,9 Prozent zum 1. Januar 2008 angehoben.

C Kosten

Die Erhöhung der Abgeordnetenbezüge führt zu Mehrkosten von 184.250 Euro im Jahre 2008 und ab dem Jahr 2009 in Höhe von 368.500 Euro jährlich.

Die Erhöhung der Mitarbeiterpauschale führt zu Mehrkosten von 276.000 Euro jährlich.

**Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
der Fraktion der SPD
der Fraktion der FDP
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Auszug aus den geltenden Gesetzesbestimmungen

Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes

Artikel I

Das **Abgeordnetengesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (AbgG NRW)** vom 5. April 2005 (GV. NRW. S. 252), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. November 2007 (GV. NRW. S. 572), wird wie folgt geändert:

Abgeordnetengesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (AbgG NRW)

1. In § 5 Abs. 1 wird die Zahl "9.633" durch die Zahl "9.756" ersetzt.

**§ 5
Abgeordnetenbezüge**

- (1) Ein Mitglied des Landtags erhält monatliche Abgeordnetenbezüge in Höhe von 9.633 Euro.

2. In § 6 Abs. 3 wird die Zahl "3.500" durch die Zahl "3.602" ersetzt.

**§ 6
Amtsausstattung**

- (3) Für die Beschäftigung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zur Unterstützung bei der Erledigung seiner parlamentarischen Arbeit steht jedem Mitglied des Landtags ein Höchstbetrag von monatlich 3.500 Euro, bezogen auf 12 Monate, zuzüglich der gesetzlichen Arbeitgeberanteile und -zuschüsse zur Sozialversicherung zur Verfügung, der vom Landtag verwaltet wird. Nicht übernommen werden Aufwendungen, die anlässlich der Beschäftigung von Ehegatten, Ehegatten anderer Mitglieder des Landtags, eingetragenen Lebenspartnern und -partnerinnen, von Schwägern und von Verwandten ersten und zweiten Grades entstehen. Das Präsidium des Landtags erlässt die zur Abwicklung der Erstattung notwendigen Richtlinien einschließlich eines für die Arbeitsverhältnisse verbindlichen Musterarbeitsvertrages. Die Richtlinien können die Erstattung von Arbeitgeberanteilen zu vermögenswirksamen Leistungen, die Erstattung von Pauschalsteuern, Abschlagsregelungen für künftige Änderungen sowie Regelungen zu Ausbildungsplätzen vorsehen.

Artikel II

- a) Artikel I Ziffer 1 tritt mit Wirkung zum 1. Juli 2008 in Kraft.
- b) Artikel I Ziffer 2 tritt am 1. Januar 2008 in Kraft.

Begründung

Artikel I

zu 1.

Wie schon die im Jahre 1978 vom Landtag eingesetzte Kommission zur Begutachtung der Rechtsstellung und Entschädigung der Mitglieder des Landtags Nordrhein-Westfalen hielt auch die im März 2001 eingesetzte Diätenkommission ein objektives Verfahren zur Sicherung der Angemessenheit der Abgeordnetenbezüge für erforderlich.

Um daher bei notwendigen Anpassungen Daten von Stellen außerhalb des Parlaments zur Verfügung zu haben, sieht § 15 Abgeordnetengesetz NRW vom 05.04.2005 (GV. NRW. S. 252), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. November 2007 (GV. NRW. S. 572), ein streng verobjektiviertes Verfahren vor. Grundlage für den von der Präsidentin des Landtags zu erstellenden Angemessenheitsbericht sind die vom Präsidenten des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik (LDS) übermittelten Feststellungen über die allgemeine Lohn- und Gehaltsentwicklung, sowie die Lebenshaltungskosten und Einzelhandelspreise im vorausgegangenen Jahr. Nach § 15 AbgG ist mit dem Angemessenheitsbericht zugleich ein Vorschlag zur Anpassung der Abgeordnetenbezüge zu verbinden.

Den Bericht und entsprechenden Vorschlag hat die Präsidentin des Landtags mit der Unterrichtung Drucksache 14/5547 vom 19. November dem Landtag am 21. November 2007 vorgelegt. Die Berechnung der Erhöhung ergibt sich aus dem Angemessenheitsbericht.

zu 2.

Die den Abgeordneten im Rahmen der Amtsausstattung zur Verfügung stehenden Mittel zur Beschäftigung von Mitarbeitern nach § 6 Abs. 3 AbgG berücksichtigen die Veränderungen der Lohn- und Gehaltsentwicklung ab dem kommenden Jahr nicht. Um die Mitarbeiter angemessen an der allgemeinen Lohn- und Gehaltsentwicklung teilhaben zu lassen, ist eine Anhebung der Mitarbeiterpauschale gerechtfertigt, die sich an der linearen Erhöhung orientiert, die die Tarifvertragsparteien für die Tarifbeschäftigten des Landes für das Jahr 2008 vereinbart haben. Danach ist die Mitarbeiterpauschale um 2,9 v.H. anzuheben.

Artikel II

Die Erhöhung der Abgeordnetenbezüge soll zum 1. Juli 2008 wirksam werden. Die Erhöhung der Mitarbeiterpauschale soll zum selben Zeitpunkt steigen wie die lineare Erhöhung für die Tarifbeschäftigten im öffentlichen Dienst, also zum 1. Januar 2008.

Helmut Stahl

Hannelore Kraft

Dr. Gerhard Papke

Sylvia Löhrmann

und Fraktion

und Fraktion

und Fraktion

und Fraktion



76. Sitzung

Düsseldorf, Mittwoch, 5. Dezember 2007

Mitteilungen der Präsidentin	8767	Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2008	
Vereidigung der Abgeordneten			
Gabriele Kordowski (CDU)	8767		
Vor Eintritt in die Tagesordnung	8767		
Johannes Rimmel (GRÜNE)		Gesetzentwurf	
(zur GeschO)	8767	der Landesregierung	
Peter Biesenbach (CDU)		Drucksache 14/4602	
(zur GeschO)	8768		
Carina Gödecke (SPD)		Beschlussempfehlung und Bericht	
(zur GeschO)	8768	des Haushalts- und Finanzausschusses	
		Drucksache 14/5517	
<i>Ergebnis</i>	8769		
		zweite Lesung	8769
1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008)		Einzelplan 03	
		Innenministerium.....	8769
Gesetzentwurf		Teilbereich „Innen- und Verwaltungsstrukturreform“	8769
der Landesregierung			
Drucksache 14/4600		Dr. Karsten Rudolph (SPD)	8770
erste Ergänzung		Theo Kruse (CDU)	8771
Drucksache 14/5200		Horst Engel (FDP)	8773
zweite Ergänzung		Monika Düker (GRÜNE)	8775
Drucksache 14/5350		Minister Dr. Ingo Wolf	8776
			8780
Beschlussempfehlungen und Berichte		Hans-Willi Körfges (SPD)	8778
des Haushalts- und Finanzausschusses		Horst Becker (GRÜNE)	8779
zur zweiten Lesung			
Drucksachen 14/5500 - 14/5506,		Teilbereich „Sport“	8781
14/5508, 14/5510 - 14/5515 und 14/5520			
		Hans-Theodor Peschkes (SPD)	8781
<u>In Verbindung mit:</u>		Holger Müller (CDU)	8782
Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen 2007 bis 2011 mit Finanzbericht 2008		Christof Rasche (FDP)	8784
		Ewald Groth (GRÜNE)	8785
Drucksache 14/4601		Minister Dr. Ingo Wolf	8786
<u>Sowie:</u>		<i>Ergebnis</i>	8786

Gemeindefinanzierungsgesetz 8787

Ralf Jäger (SPD) 8787
Rainer Lux (CDU) 8789
Horst Engel (FDP) 8790
Horst Becker (GRÜNE) 8792

8796
Minister Dr. Ingo Wolf 8794
Rüdiger Sagel (fraktionslos) 8795

Ergebnis 8796

Einzelplan 12

in Verbindung mit

Einzelplan 20

Finanzministerium 8796

Hans-Theodor Peschkes (SPD) 8796
Volkmar Klein (CDU) 8798
8814

Angela Freimuth (FDP) 8799
Ewald Groth (GRÜNE) 8801
8812

Minister Dr. Helmut Linssen 8804
8810

Martin Börschel (SPD) 8806
Bernd Krückel (CDU) 8808
Rüdiger Sagel (fraktionslos) 8809
8815

Gisela Walsken (SPD) 8813

Ergebnis 8843

Einzelplan 15

Ministerium für Generationen,
Familie, Frauen und Integration 8815

Teilbereich „Generationen und

Familie, Kinder und Jugend“ 8816

Wolfgang Jörg (SPD) 8816
Marie-Theres Kastner (CDU) 8818
Christian Lindner (FDP) 8820
Andrea Asch (GRÜNE) 8822
Minister Armin Laschet 8825

Teilbereich „Frauen“ 8828

Gerda Kieninger (SPD) 8828
Maria Westerhorstmann (CDU) 8829
Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) 8831
Barbara Steffens (GRÜNE) 8832
Minister Armin Laschet 8833

Teilbereich

„Integration und Eine-Welt“ 8835

Angela Tillmann (SPD) 8835

Michael Solf (CDU) 8836

Christian Lindner (FDP) 8837

Andrea Asch (GRÜNE) 8838

Minister Armin Laschet 8839

Ergebnis 8841

Einzelplan 11

Ministerium für Arbeit,
Gesundheit und Soziales 8843

Teilbereich „Arbeit und berufliche

Weiterbildung“ 8843

Rainer Schmeltzer (SPD) 8844

Norbert Post (CDU) 8846

Dr. Stefan Romberg (FDP) 8848

Barbara Steffens (GRÜNE) 8850

Minister Karl-Josef Laumann 8852

Teilbereich „Gesundheit

und Soziales“ 8854

Heike Gebhard (SPD) 8855

Oskar Burkert (CDU) 8857

Dr. Stefan Romberg (FDP) 8858

Barbara Steffens (GRÜNE) 8860

8866

Minister Karl-Josef Laumann 8863

Ergebnis 8866

Einzelplan 02

Ministerpräsident und Staatskanzlei 8867

Teilbereich „Staatskanzlei und

Europaangelegenheiten“ 8867

Wolfram Kuschke (SPD) 8867

Ilka von Boeselager (CDU) 8869

Dietmar Brockes (FDP) 8870

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) 8871

Minister Andreas Krautscheid 8873

Teilbereich „Kultur“ 8874

Claudia Nell-Paul (SPD) 8874

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU) ... 8875

Angela Freimuth (FDP) 8876

Oliver Keymis (GRÜNE) 8877

Minister Andreas Krautscheid 8878

Teilbereich „Medien“ 8879

Marc Jan Eumann (SPD) 8879
Dr. Michael Brinkmeier (CDU)..... 8881
Ralf Witzel (FDP)..... 8881
Oliver Keymis (GRÜNE)..... 8883
Minister Andreas Krautscheid 8884

Ergebnis..... 8886

Einzelplan 04

Justizministerium 8887

Frank Sichau (SPD) 8887
Harald Giebels (CDU) 8888
Dr. Robert Orth (FDP) 8890
Monika Düker (GRÜNE)..... 8891
Ministerin R. Müller-Piepenkötter 8892

Ergebnis..... 8893

Einzelplan 14

Ministerium für Bauen und Verkehr 8893

Teilbereich „Städtebau und Wohnen“ .. 8894

Monika Ruff-Händelkes (SPD) 8894
Heinz Sahnen (CDU)
(zu Protokoll) *Siehe Anlage 1* 8925
Christof Rasche (FDP)
(zu Protokoll) *Siehe Anlage 1*..... 8926
Horst Becker (GRÜNE) 8895
Minister Oliver Wittke
(zu Protokoll) *Siehe Anlage 1*..... 8927

Teilbereich „Verkehr“ 8896

Bodo Wißen (SPD)
(zu Protokoll) *Siehe Anlage 2*..... 8931
Bernd Schulte (CDU)
(zu Protokoll) *Siehe Anlage 2*..... 8931
Christof Rasche (FDP)
(zu Protokoll) *Siehe Anlage 2*..... 8932
Horst Becker (GRÜNE)
(zu Protokoll) *Siehe Anlage 2*..... 8934
Minister Oliver Wittke 8897

Ergebnis..... 8899

Einzelplan 13

Landesrechnungshof 8899

Ergebnis..... 8899

Einzelplan 01

Landtag..... 8899

Ergebnis..... 8899

2 Gesetz zur Kommunalisierung von Aufgaben des Umweltrechts

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4973

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Kommunalpolitik
und Verwaltungsstrukturreform
Drucksache 14/5588

zweite Lesung 8899

Bodo Löttgen (CDU) 8899
Hans-Willi Körfges (SPD) 8900
Horst Engel (FDP)
(zu Protokoll) *Siehe Anlage 3*..... 8937
Johannes Rimmel (GRÜNE) 8903
Minister Eckhard Uhlenberg 8904
Friedhelm Ortgies (CDU)..... 8906
Holger Ellerbrock (FDP) 8907
Ralf Jäger (SPD)..... 8907

Ergebnis..... 8908

Peter Biesenbach (CDU)
(zur GeschO) 8908

Ergebnis..... 8908

3 Gesetz zur Novellierung des Kurortgesetzes sowie zur Aufhebung der Kurortverordnung und der Erholungsortverordnung und zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes (Kurortgesetz - KOG NRW)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4298

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Arbeit,
Gesundheit und Soziales
Drucksache 14/5582

zweite Lesung 8909

Heike Gebhard (SPD)..... 8909
Hubert Kleff (CDU)
(zu Protokoll) *Siehe Anlage 4*..... 8939
Dr. Stefan Romberg (FDP)
(zu Protokoll) *Siehe Anlage 4*..... 8939
Barbara Steffens (GRÜNE) 8910
Minister Karl-Josef Laumann..... 8911

<i>Ergebnis</i>	8911	erste Lesung	8919
4 Krankenhausgestaltungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen - (KHGG NRW)		Rüdiger Sagel (fraktionslos) (zu Protokoll) <i>Siehe Anlage 6</i>	8947
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/3958		Peter Biesenbach (CDU)	8920
		Johannes Remmel (GRÜNE)	8920
		Carina Gödecke (SPD).....	8921
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales Drucksache 14/5583		<i>Ergebnis</i>	8921
Entschließungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/5704		7 Scientology - Beobachten, aufklären, informieren	
Entschließungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 14/5714		Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/5567	8921
zweite Lesung.....	8911	<i>Ergebnis</i>	8921
Rudolf Henke (CDU) (zu Protokoll) <i>Siehe Anlage 5</i>	8941	8 Experiment mit 180.000 Kindern beenden - Sprachstandserhebung im Sinne der Kinder umfassend überarbeiten	
Heike Gebhard (SPD)	8912	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/5570.....	8921
Dr. Stefan Romberg (FDP) (zu Protokoll) <i>Siehe Anlage 5</i>	8944	<i>Ergebnis</i>	8922
Barbara Steffens (GRÜNE).....	8914	9 Auswirkungen des Kinderbildungsgesetzes durch eine unabhängige wissenschaftliche Begleitstudie evaluieren	
Minister Karl-Josef Laumann.....	8917	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/5571	8922
<i>Ergebnis</i>	8919	<i>Ergebnis</i>	8922
5 Gesetz zum Schutz von Nichtraucherinnen und Nichtrauchern in Nordrhein-Westfalen		10 Landesregierung treibt Ausrottung des Kormorans in NRW voran - „passend“ zur UN-Artenschutzkonferenz 2008 in Bonn	
Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/5568		Antrag des Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/5573.....	8922
erste Lesung.....	8919	<i>Ergebnis</i>	8922
<i>Ergebnis</i>	8919	11 „Privat vor Staat“ total im Wald: Ausverkauf auf Kosten von Mensch und Natur	
6 Viertes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes			
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion der FDP und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/5584 – Neudruck			

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/5574.....8922
Ergebnis.....8922

**12 Kein Geld der RAG-Stiftung für die Zeche
„Donar“**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/5575.....8922
Ergebnis.....8922

**13 Über- und außerplanmäßige Ausgaben im
2. Quartal des Haushaltsjahres 2007**

Antrag
des Finanzministeriums
gemäß Artikel 85 Abs. 2
der Landesverfassung
Vorlage 14/1329

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 14/5585.....8922
Ergebnis.....8923

**14 Veräußerung von Grundstücken des
Sondervermögens Bau- und Liegenschafts-
betrieb NRW**

Antrag
des Finanzministers
gemäß § 64 Abs. 2 LHO
Vorlage 14/1431

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 14/5586.....8923
Ergebnis.....8923

15 In den Ausschüssen erledigte Anträge

Übersicht 30

Abstimmungsergebnisse der Ausschüsse
zu Drucksachen

14/2721 - ASchW
14/2868 - ASchW
14/3848 - AUNLW
14/4347 - AGS
14/4403 EA - AGS
14/5014 - AGS

Drucksache 14/5587 8923

Ergebnis..... 8923

16 Beschlüsse zu Petitionen

Übersicht 14/35..... 8923

Ergebnis..... 8923

Entschuldigt waren:

Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers
(bis 13:30 Uhr und ab 17:00 Uhr)
Minister Dr. Helmut Linssen
(ab 17:00 Uhr)
Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart
Ministerin Christa Thoben
(ab 16:00 Uhr)
Minister Oliver Wittke
(bis 14:30 Uhr)
Minister Dr. Ingo Wolf
(ab 15:30 Uhr)

Karl Kress (CDU)
(bis 13:00 Uhr)

Petra Schneppe (SPD)
Svenja Schulze (SPD)
André Stinka (SPD)
Stefanie Wiegand (SPD)

dieses Beratungsverfahren mit getragen, mit gestaltet haben, mein herzliches Dankeschön! Und wenn sich die Opposition an der Zukunft unserer Krankenhäuser nicht beteiligen will, weil sie in diesen Fragen an ihrer alten Ministerialbürokratie festhalten will, dann sind Sie die Vergangenheit und wir sind die Zukunft. – Danke schön.

(Lebhafter Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Laumann. – Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt liegen mir nicht vor, sodass ich zur Abstimmung komme, und zwar über die **Beschlussempfehlung** des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales **Drucksache 14/5583**.

Es wurde beantragt, dass wir über die beiden Artikel dieses Gesetzes getrennt abstimmen. Das wurde auch in den Redebeiträgen so geäußert. Der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales empfiehlt, den Gesetzentwurf Drucksache 14/3458 in der Fassung seiner Beschlüsse insgesamt anzunehmen.

Ich frage zunächst, wer dieser Beschlussempfehlung für den Artikel 1 des Gesetzes folgen möchte. Er möchte bitte jetzt aufzeigen! – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist die Beschlussempfehlung **mit Blick auf Artikel 1 des Gesetzentwurfes** mit den Stimmen der Fraktion von CDU und FDP gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Nichtteilnahme des Kollegen Sagel **angenommen**.

Wer dieser Beschlussempfehlung **mit Blick auf Artikel 2 des Gesetzentwurfes** zustimmen möchte, den bitte ich, die Hand aufzuzeigen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem wird einstimmig **zugestimmt**.

Wer insgesamt der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/5583** und dem Gesetzentwurf Drucksache 14/3958 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen unter Nichtteilnahme des Kollegen Sagel **angenommen** und der Gesetzentwurf in der zweiten Lesung verabschiedet.

Ich lasse dann abstimmen über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/5704**. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzei-

chen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Entschließungsantrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen unter Nichtteilnahme des Kollegen Sagel **abgelehnt**.

Ich lasse ferner abstimmen über den **Entschließungsantrag** der Fraktionen von CDU und FDP **Drucksache 14/5714**. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Entschließungsantrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen unter Nichtteilnahme des Kollegen Sagel **angenommen**.

Damit kommen wir zu:

5 Gesetz zum Schutz von Nichtraucherinnen und Nichtrauchern in Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/5568

erste Lesung

Hierzu ist keine Debatte vorgesehen, sodass wir unmittelbar zur Abstimmung über die Überweisungsempfehlung kommen.

Entgegen dem Ausdruck in der Tagesordnung soll der **Gesetzentwurf Drucksache 14/5568** an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales überwiesen** werden. Wer dieser Überweisungsempfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Somit ist die Überweisungsempfehlung mit Zustimmung aller Fraktionen angenommen.

Ich rufe auf:

6 Viertes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/5584 – Neudruck

erste Lesung

Zu dem Gesetzentwurf hat der fraktionslose Abgeordnete Sagel eine Rede zu Protokoll gegeben. (Siehe Anlage 6)

Ich eröffne die Beratung und erteile dem Kollegen Biesenbach stellvertretend für alle antragstellenden Fraktionen das Wort. Bitte schön, Herr Kollege Biesenbach.

Peter Biesenbach (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es kommt selten vor, aber heute ist so ein Augenblick, in dem ich unstreitig etwas für alle einbringen kann; es ist unser Viertes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes. Nach § 15 unseres Gesetzes hat die Präsidentin dem Landtag jährlich einen Bericht über die Angemessenheit der Bezüge vorzulegen und zugleich einen Vorschlag zur Anpassung der Bezüge zu machen. Diesen Angemessenheitsbericht hat sie am 19. November 2007 erstattet. Der Bericht basiert auf der Grundlage der vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik erhobenen Feststellungen über die allgemeine Lohn- und Gehaltsentwicklung sowie die Lebenshaltungskosten und Einzelhandelspreise des vergangenen Jahres.

Sie alle kennen den Vorschlag, den die Präsidentin daraus abgeleitet hat. Sie schlägt vor, dass die Abgeordnetenbezüge zum 1. Juli 2008 entsprechend dem Angemessenheitsbericht um 1,275 % angehoben werden und der Betrag der Mitarbeiterpauschale ebenfalls entsprechend der linearen Erhöhung der Beschäftigten des Landes um 2,9 %, allerdings zum 1. Januar 2008, angehoben wird.

Sie alle kennen den Bericht und das Zahlenwerk. Mehr ist dazu nicht zu sagen. Ich bitte Sie, das Gesetz anzunehmen und dafür zu sorgen, dass es bald in Kraft treten kann.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Biesenbach. – Ich habe noch eine Wortmeldung des Kollegen Rimmel für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann Ihnen das leider nicht ersparen. Die Art und Weise, wie wir mit der in der Geschäftsordnung vorgesehenen Möglichkeit, Reden zu Protokoll zu geben, umgehen, führt dazu, dass wir an dieser Stelle eine gewisse Schwierigkeit haben. Der Kollege Sagel hat seine Rede zu Protokoll gegeben und ist dann offensichtlich nach Münster gefahren.

(Zuruf von Christian Möbius [CDU])

Ich möchte zumindest, dass gesichert ist, dass die Argumente seiner zu Protokoll gegebenen Rede nicht unwidersprochen bleiben.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Deshalb gestatten Sie mir ein paar wenige Ausführungen: Es ist in der Tat richtig, dass wir jedes Mal, wenn wir – das hat uns das Verfassungsgericht vorgegeben – über Diätenerhöhungen entscheiden müssen, in einer besonders schwierigen Lage sind, weil einerseits die gesellschaftliche Akzeptanz, andererseits Rahmenseetzungen in Rede stehen, die wir teilweise selbst zu verantworten haben wie zum Beispiel die Rahmenseetzung durch die Haushaltsdaten.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, man muss auch folgende Fragen in die Abwägung einbeziehen: Wie viel ist uns das Parlament, wie viel sind uns die Abgeordneten, wie viel ist uns die Demokratie wert? Wir müssen abwägen, ob die Unabhängigkeit der Abgeordneten mit der Entschädigung gesichert ist oder nicht. Wir müssen abwägen, wie verhältnismäßig unsere Entschädigung im Gesamtgehaltsgefüge der Bevölkerung ist, und – der Meinung bin ich nach wie vor – wir sollten die Leistung, die wir erbringen, nicht unter den Scheffel stellen, beispielsweise dass wir noch zu dieser Zeit im Parlament sitzen und arbeiten.

(Beifall von GRÜNEN und CDU)

Deshalb ist es keine Verschleierung, wie der Kollege Sagel meint, den Termin auf den 1. Juli zu verschieben, sondern er orientiert sich – die Diskussion hat es in allen Fraktionen gegeben – an der von uns nicht gewollten, aber von der Landesregierung vorgesehenen Erhöhung der Beamtengehälter zum gleichen Zeitpunkt.

Das Argument, das einem in Diskussionen immer begegnet, nämlich dass die Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger in diesem Land auch keine Anpassung bekommen, ist ein gewichtiges Argument.

Aber, meine Damen und Herren, diese Ebene entscheiden wir hier nicht. Vielleicht ist die Erhöhung und die Anpassung aufgrund von Daten, die die Präsidentin erhoben hat, für uns alle ein Auftrag, an dieser Stelle für eine Gleichheit zu sorgen. Wir jedenfalls würden das in dieser Debatte gerne zum Ausdruck bringen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Remmel. – Die Kollegin Gödecke hat sich auch noch zu Wort gemeldet, was sie hiermit hat. Bitte schön, Frau Kollegin.

Carina Gödecke (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist in der Tat sehr misslich, dass der Kollege Sagel seine Rede zu Protokoll gibt und so die Auseinandersetzung über das, was er sagen will, scheut, indem wir das dann nur im Protokoll nachlesen können.

(Beifall von SPD, CDU und GRÜNEN)

Ich möchte nicht inhaltlich auf den Angemessenheitsbericht, das System und die Systemumstellung eingehen. Ich meine, das ist im Zusammenhang mit der Debatte um die Diätenerhöhung in Berlin in der Presse sehr deutlich und klar dargestellt worden, und dies haben wir in der Vergangenheit ausreichend miteinander diskutiert. Aber ich möchte etwas zum Verhalten des Kollegen Sagel an dieser Stelle sagen. Ich finde, er schwindelt hier. Wenn ich nicht gerügt würde, dann würde ich ein anderes Wort dafür verwenden, obwohl ich glaube, ich würde in der Sache sogar gerne eine Rüge in Kauf nehmen. Der Kollege Sagel spricht von 120 €. In Wirklichkeit müsste der Kollege Sagel über seine gesamte Diät reden, die er zu Unrecht kassiert, denn er ist von den Wählerinnen und Wählern nicht als Person, sondern über die Landesliste der Grünen gewählt worden.

(Beifall von SPD, CDU und GRÜNEN)

Das, was er hier macht, ist unglaublich. In Abwesenheit möchte ich den Kollegen Sagel, gerade weil er diese Rede in dieser Art zu Protokoll gegeben hat, auffordern, sein eigenes Verhalten sehr kritisch zu überdenken. Denn der Kollege Sagel hat auch in der letzten Legislaturperiode diesem Parlament angehört. Sie alle wissen, dass wir die Umstellung des Abgeordnetenrechts ein Stück weit so attraktiv machen mussten, damit wir eine einstimmige Zustimmung im Hause finden. Auch der Kollege Sagel hat optiert. Das heißt, er nimmt die Vorteile einer anderen Altersvorsorge in Kauf. Aber all das sagt er den Leuten, für die er hier angeblich redet, nicht. Er wird sich in der Presse feiern lassen, und in Wirklichkeit ist er ein Heuchler. Ich glaube, das muss an der Stelle deutlich gesagt werden.

(Beifall von SPD, CDU und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin Gödecke, ich habe nichts vernommen, was vom ersten Hörensagen zu rügen gewesen wäre.

Meine Damen und Herren, gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann sind wir am Schluss der Beratung.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des Gesetzentwurfs in der **Drucksache 14/5584 – Neudruck** – an den **Hauptausschuss**. Wer dieser Überweisungsempfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist diese Überweisungsempfehlung mit Zustimmung aller vier Fraktionen in Abwesenheit des Kollegen Sagel so angenommen.

(Zuruf von Frank Sichau [SPD])

– Herr Kollege Sichau, ich versuche regelmäßig, den Anwesenheiten und Abstimmungsverhalten des Kollegen Sagel voll umfänglich Rechnung zu tragen.

Ich rufe auf:

7 Scientology - Beobachten, aufklären, informieren

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/5567

Eine Beratung ist heute nicht vorgesehen. Die Beratung soll nach Vorlage der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses erfolgen.

Wir kommen unmittelbar zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrags** in der **Drucksache 14/5567** an den **Hauptausschuss** – federführend –, an den **Innenausschuss** sowie an den **Ausschuss für Schule und Weiterbildung**. Wer dieser Überweisungsempfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

Ich rufe auf:

8 Experiment mit 180.000 Kindern beenden – Sprachstandserhebung im Sinne der Kinder umfassend überarbeiten

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/5570

Eine Beratung ist auch hier heute nicht vorgesehen. Die Beratung soll nach Vorlage einer Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses erfolgen.

Eine Debatte ist nicht vorgesehen, sodass wir unmittelbar zur Abstimmung kommen können.

Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/5585**, die mit Vorlage 14/1329 beantragte Genehmigung zu erteilen. Wer dieser Beschlussempfehlung folgen möchte, möge bitte mit der Hand aufzeigen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist diese Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in Abwesenheit des Kollegen Sagel **angenommen** und die beantragte Genehmigung erteilt.

Ich rufe auf:

14 Veräußerung von Grundstücken des Sondervermögens Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW

Antrag
des Finanzministers
gemäß § 64 Abs. 2 LHO
Vorlage 14/1431

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 14/5586

Auch hier ist eine Debatte nicht vorgesehen, sodass wir unmittelbar zur Abstimmung kommen können.

Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/5586**, in die Veräußerung des in Vorlage 14/1431 näher beschriebenen Grundstücks einzuwilligen. Wer dieser Beschlussempfehlung folgen möchte, möge bitte mit der Hand aufzeigen. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist diese Beschlussempfehlung mit den Stimmen aller Fraktionen **angenommen** und in die Veräußerung eingewilligt.

Wir kommen zu:

15 In den Ausschüssen erledigte Anträge

Übersicht 30

Abstimmungsergebnisse der Ausschüsse
zu Drucksachen

14/2721	–	ASchW
14/2868	–	ASchW
14/3848	–	AUNLW
14/4347	–	AGS
14/4403 EA –	–	AGS
14/5014	–	AGS

Drucksache 14/5587

In der Übersicht 30 sind fünf Anträge, die vom Plenum nach § 79 Abs. 2 Buchstabe c der Geschäftsordnung an die Ausschüsse zur abschließenden Erledigung und Beratung überwiesen wurden, sowie ein Entschließungsantrag aufgeführt. Das Abstimmungsverhalten der Fraktionen ist aus der Übersicht ersichtlich.

Ich lasse nun über die Bestätigung des Abstimmungsverhaltens der Fraktionen in den Ausschüssen entsprechend der Übersicht 30 abstimmen. Wer dieses Abstimmungsergebnis bestätigen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Damit haben alle Fraktionen die **Abstimmungsergebnisse der Ausschüsse bestätigt**.

Bevor ich Tagesordnungspunkt 16 aufrufe, habe ich die Pflicht, an dieser Stelle den Begriff „Heuchler“ zu rügen, Frau Kollegin Gödeke.

(Frank Sichau [SPD]: Das ist ein neutestamentarisches Zitat!)

– Ich hatte das zunächst auch als biblisches Zitat verstanden. Wir haben das aber noch einmal prüfen lassen. Es entspricht nicht der parlamentarischen Ordnung.

Nun rufe ich auf:

16 Beschlüsse zu Petitionen

Übersicht 14/35

Wird hierzu ergänzend das Wort gewünscht? – Das ist erkennbar nicht der Fall.

Dann stelle ich gemäß § 91 Abs. 7 unserer Geschäftsordnung fest, dass diese **Beschlüsse zu Petitionen** durch Ihre Kenntnisnahme **bestätigt** sind.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende unserer heutigen Sitzung.

Ich berufe das Plenum wieder ein für morgen, Donnerstag, den 6. Dezember 2007, 10 Uhr.

Ich wünsche Ihnen allen einen angenehmen Abend. Bis morgen früh!

Anlage 6

Zu Tagesordnungspunkt 6 – Viertes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes – zu Protokoll gegebene Rede

Rüdiger Sagel (fraktionslos):

Die Pläne der Landtagsfraktionen CDU, FDP, SPD und Grüne zur Diätenerhöhung am 01.08.2008 um 1,275 % werden von mir abgelehnt.

Die Bezüge der NRW-Abgeordneten um rund 120 € zu erhöhen ist inakzeptabel und geht an den Realitäten im Land vorbei. Die Verhältnisse sind aus dem Gleichgewicht geraten. Angesichts von realen Einkommensverlusten bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie Kürzungen bei den Landesbeamten durch die Landesregierung ist die geplante Selbstbedienung absolut daneben. Nur sieben Monate nach der letzten Diätenerhöhung schon die nächste Erhöhung in Angriff zu nehmen zeugt

zudem von fehlendem Verständnis für die soziale Situation im Land.

Auch der Vorschlag, die Diätenerhöhung um ein halbes Jahr zu verschieben, wie es die Grünen als Erste ins Gespräch gebracht haben und wie es nun mit dem gemeinsam vorgelegten Antrag geschehen soll, dient nur der Verschleierung und stößt bei mir auf völliges Unverständnis.

Der Hinweis im Angemessenheitsbericht der Landtagspräsidentin auf gestiegene Lebenshaltungskosten und Einzelhandelspreise kann diese Erhöhung nicht rechtfertigen. Bei Millionen Sozialhilfeempfängerinnen und -empfängern im Land wurde bisher keine Anpassung vorgenommen, geschweige denn eine angemessene Erhöhung durchgeführt.

Die Mehrkosten von 184.250 € im Jahre 2008 und sogar von 368.500 € sind auch angesichts des weiterhin defizitären Haushalts nicht akzeptabel.



Hauptausschuss

39. Sitzung (öffentlich)

13. Dezember 2007

Düsseldorf – Haus des Landtags

11:50 Uhr bis 13:35 Uhr

Vorsitz: Werner Jostmeier (CDU)

Protokoll: Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- 1 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsanwaltsversorgung, die Versorgung der Wirtschaftsprüfer und vereidigten Buchprüfer und die Versorgung der Steuerberaterinnen und Steuerberater sowie zur Änderung des Staatsvertrages zwischen dem Freistaat Thüringen und dem Land Nordrhein-Westfalen über die Zugehörigkeit der Steuerberater und Steuerberaterinnen des Freistaats Thüringen zum Versorgungswerk der Steuerberater im Land Nordrhein-Westfalen (Versorgungswerks-Änderungsgesetz Nordrhein-Westfalen - VersWerkÄndG Nordrhein-Westfalen) 5**

Gesetzentwurf und Antrag
der Landesregierung
auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag
gemäß Artikel 66 Satz 2 der Landesverfassung
Drucksache 14/5038

- abschließende Beratung und Abstimmung, Beschlussempfehlung zur zweiten Lesung

Der Ausschuss billigt die Drucksache 14/5038 einstimmig.

2 Änderung des Abkommens über das Deutsche Institut für Bautechnik (DIBt) und Vollzug der Marktüberwachung/-aufsicht über harmonisierte Bautechnik 6

Antrag
der Landesregierung
auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag
gemäß Artikel 66 Satz 2 der Landesverfassung
Drucksache 14/5057

- abschließende Beratung und Abstimmung, Beschlussempfehlung zur zweiten Lesung

Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, dem Antrag der Landesregierung auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag zu entsprechen und stimmt dem in der Drucksache genannten Abkommen einstimmig zu.

3 Viertes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes 7

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
der Fraktion der SPD
der Fraktion der FDP und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/5584 - Neudruck -

- abschließende Beratung und Abstimmung, Beschlussempfehlung zur zweiten Lesung

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf einstimmig zu.

Als Berichterstatter benennt der Ausschuss einstimmig den Abgeordneten Peter Biesenbach (CDU).

4 Die Arbeit der Landesvertretung Nordrhein-Westfalens beim Bund 8

- Gespräch mit dem Leiter der Landesvertretung in Berlin, Tim Arnold

5 Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes 20

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/3978

3 Viertes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
der Fraktion der SPD
der Fraktion der FDP und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/5584 - Neudruck -

- abschließende Beratung und Abstimmung, Beschlussempfehlung zur zweiten Lesung

(vom Plenum am 5. Dezember 2007 zur alleinigen Beratung an den Hauptausschuss überwiesen)

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf einstimmig zu.

Als Berichterstatter benennt der Ausschuss einstimmig den Abgeordneten Peter Biesenbach (CDU).

13.12.2007

Beschlussempfehlung und Bericht

des Hauptausschusses

zu dem Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
der Fraktion der SPD
der Fraktion der FDP
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/5584

2. Lesung

Viertes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes

Berichterstatter Abg. Peter Biesenbach

Beschlussempfehlung

Der Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP und sowie der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 14/5584, wird unverändert angenommen.

Datum des Originals: 13.12.2007/Ausgegeben: 14.12.2007

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Bericht

A Allgemeines

Der Gesetzentwurf zu einem Vierten Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes, Drucksache 14/5584 Neudruck, wurde durch das Plenum am 5. Dezember 2007 zur alleinigen Beratung an den Hauptausschuss überwiesen. Der Gesetzentwurf sieht auf Grundlage der Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags vom 19. November 2007, Drucksache 14/5547, die Erhöhung der Abgeordnetenbezüge nach § 5 Abs. 1 Abgeordnetengesetz NRW um 1,275 % ab dem 1. Juli 2008 vor. Die so genannte "Mitarbeiterpauschale" ist in § 6 Abs. 3 des Abgeordnetengesetzes NRW geregelt. Um für die Beschäftigten der Mitglieder des Landtags zur Unterstützung bei der parlamentarischen Arbeit entsprechend der linearen Erhöhung für die Tarifbeschäftigten des Landes eine Erhöhung der Gehälter um 2,9 % zum 1. Januar 2008 zu ermöglichen, wurde der Gesetzentwurf noch vor Ablauf des Kalenderjahres eingebracht. Das Plenum erwartet eine Beschlussempfehlung zur 2. Lesung noch für die Plenartage im Dezember.

B Beratungen

Der Hauptausschuss hat den Gesetzentwurf aller Fraktionen in seiner Sitzung am 13. Dezember 2007 zur Beratung aufgerufen.

C Abstimmung, Ergebnis

Dem Gesetzentwurf aller Fraktionen, Drucksache 14/5584 Neudruck, wurde einstimmig, mit den Stimmen aller Fraktionen, zugestimmt. Dementsprechend empfiehlt der Hauptausschuss die Annahme in 2. Lesung am 19./20. Dezember 2007.

Werner Jostmeier
(Vorsitzender)



79. Sitzung

Düsseldorf, Mittwoch, 19. Dezember 2007

Mitteilungen der Präsidentin 9191	<i>Ergebnis</i> 9218
Verpflichtung des Abgeordneten Oliver Wittke (CDU)..... 9191	
1 Aktuelle Stunde NRW ist bundesweit Motor der Ausbildung	3 Managerbezüge und Managerabfindungen – Wir brauchen Transparenz und klare Regeln!
Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 14/5834.....	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/5776.....
9191	9218
Bernhard Tenhumberg (CDU).....	Hannelore Kraft (SPD).....
9191	9218
Dr. Stefan Romberg (FDP).....	Lutz Lienenkämper (CDU).....
9193	9220
Rainer Schmeltzer (SPD).....	Dietmar Brockes (FDP).....
9194	9221
9208	Barbara Steffens (GRÜNE).....
Barbara Steffens (GRÜNE).....	9223
9196	Ministerin Christa Thoben.....
9204	9224
Minister Karl-Josef Laumann.....	Christian Weisbrich (CDU).....
9197	9226
9207	Rüdiger Sagel (fraktionslos).....
Heike Gebhard (SPD).....	9227
9200	Rainer Schmeltzer (SPD).....
Oskar Burkert (CDU).....	9228
9202	Reiner Priggen (GRÜNE).....
Dietmar Brockes (FDP).....	9230
9205	
Rüdiger Sagel (fraktionslos).....	<i>Ergebnis</i> 9231
9205	
2 Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Anti- semitismus in Nordrhein-Westfalen keine Chance geben!	4 Junge Mütter und Väter bei der Verein- barkeit von Familie und Beruf von Anfang an unterstützen – Mehr Teilzeitberufsaus- bildungsangebote für junge Menschen mit Kindern schaffen
Antrag der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion der FDP und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/5832.....	Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 14/5577.....
9209	9231
Ilka von Boeselager (CDU).....	Andrea Milz (CDU).....
9210	9231
Edgar Moron (SPD).....	Angela Freimuth (FDP).....
9210	9232
Horst Engel (FDP).....	Dr. Anna Boos (SPD).....
9213	9233
Monika Düker (GRÜNE).....	Andrea Asch (GRÜNE).....
9214	9234
Peter Biesenbach (CDU).....	Minister Armin Laschet.....
9216	9235
Minister Dr. Ingo Wolf.....	<i>Ergebnis</i> 9236
9216	

**5 Allgemeinverbindlicher Mindestlohn für
Briefdienstleistungen muss sein – Bundesrat
muss seiner Verantwortung gerecht
werden**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/5781

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/5845.....9237

Barbara Steffens (GRÜNE)9237
Hubert Kleff (CDU)9238
Rainer Schmelzter (SPD)9240
9249
Dr. Stefan Romberg (FDP)9242
Minister Karl-Josef Laumann.....9244
Christian Weisbrich (CDU)9247
Barbara Steffens (GRÜNE)9248
Rüdiger Sagel (fraktionslos).....9248

Ergebnis.....9250

**6 Pharmarückstände in unseren Gewässern
und im Trinkwasser reduzieren**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/5778.....9251

Dr. Gero Karthaus (SPD)9251
Karl Kress (CDU).....9252
Holger Ellerbrock (FDP)9253
Johannes Rimmel (GRÜNE)9254
Minister Eckhard Uhlenberg9255

Ergebnis.....9257

7 Hochschulmedizingesetz (HMG)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4837

Änderungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/5844

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/5846

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Innovation, Wissenschaft,
Forschung und Technologie
Drucksache 14/5594

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/5847

dritte Lesung 9257

Rudolf Henke (CDU)..... 9257
Heike Gebhard (SPD)..... 9259
Christian Lindner (FDP)..... 9260
Dr. Ruth Seidl (GRÜNE)..... 9261
Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart .. 9261

Ergebnis..... 9262

8 Studiengebühren zurückzahlen!

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/5780..... 9263

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) 9263
Jürgen Hollstein (CDU)..... 9264
Marc Jan Eumann (SPD)..... 9265
Christian Lindner (FDP)..... 9267
Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart .. 9268

Ergebnis..... 9270

**9 Integrierte Versorgung rheumakranker Men-
schen in NRW verbessern**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/4008

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Drucksache 14/5742..... 9270

Monika Ruff-Händelkes (SPD) 9270
Hubert Kleff (CDU)..... 9271
Dr. Stefan Romberg (FDP) 9272
Barbara Steffens (GRÜNE) 9273
Minister Karl-Josef Laumann..... 9274

Ergebnis..... 9275

**10 Perspektiven des „CO₂-freien Kraftwerks“
realistisch bewerten**

Antrag
des Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1989

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Wirtschaft, Mittelstand und Energie
Drucksache 14/5608.....9275

Ergebnis.....9275

11 Passivraucherschutzgesetz (PSG NRW)

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/3673

In Verbindung mit:

**Gesetz zur Verbesserung des Nichtraucher-
schutzes in Nordrhein-Westfalen**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4834

Und:

**Gesetz zum Schutz von Nichtraucherinnen
und Nichtrauchern in Nordrhein-Westfalen**

Gesetzentwurf
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/5568

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Drucksache 14/5797

zweite Lesung.....9275

Rudolf Henke (CDU)9276
Ursula Meurer (SPD).....9278
Dr. Stefan Romberg (FDP).....9281
Barbara Steffens (GRÜNE)9283
Minister Karl-Josef Laumann.....9286

Ergebnis.....9288

**12 Wissenschaftlichen Nachwuchs fördern und
nicht verprellen – Juniorprofessuren als
erfolgreiches Instrument der Nachwuchs-
und Frauenförderung unterstützen**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/5565..... 9288

Dr. Anna Boos (SPD) 9288
Dr. Stefan Berger (CDU) 9290
Christian Lindner (FDP)..... 9292
Dr. Ruth Seidl (GRÜNE)..... 9293
Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart .. 9295

Ergebnis..... 9297

**13 Gesetz zur Änderung des Zweiten Gesetzes
zur Ausführung des Gesetzes zur Neuord-
nung des Kinder- und Jugendhilferechts
(Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder –
GTK)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/5743

erste Lesung 9297

Minister Armin Laschet 9297
Britta Altenkamp (SPD) 9297
Thomas Jarzombek (CDU)..... 9299
Christian Lindner (FDP)..... 9299
Andrea Asch (GRÜNE)..... 9299

Ergebnis..... 9301

**14 Gründung einer Stiftung der gleichge-
schlechtlichen Selbsthilfe unterstützen**

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/5578

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/5843..... 9301

Marc Ratajczak (CDU)..... 9301
Christian Lindner (FDP)..... 9302
Ingrid Hack (SPD)..... 9303
Andrea Asch (GRÜNE)..... 9304
Minister Armin Laschet 9305

<i>Ergebnis</i>	9307	Peter Biesenbach (CDU)	9312
15 Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes		<i>Ergebnis</i>	9312
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/3978		17 Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Rundfunkrates des Westdeutschen Rundfunks Köln	
<u>In Verbindung mit:</u>		Wahlvorschlag der Fraktion der FDP Drucksache 14/5799	9313
Gesetz zur Einführung des Wahlalters 16 bei Landtagswahlen		<i>Ergebnis</i>	9313
Gesetzentwurf der Fraktion der SPD Drucksache 14/4867		18 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsanwaltsversorgung, die Versorgung der Wirtschaftsprüfer und vereidigten Buchprüfer und die Versorgung der Steuerberaterinnen und Steuerberater sowie zur Änderung des Staatsvertrages zwischen dem Freistaat Thüringen und dem Land Nordrhein-Westfalen über die Zugehörigkeit der Steuerberater und Steuerberaterinnen des Freistaats Thüringen zum Versorgungswerk der Steuerberater im Land Nordrhein-Westfalen (Versorgungswerks-Änderungsgesetz NRW – VersWerkÄndG NRW)	
Änderungsantrag der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion der FDP und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/5842		Gesetzentwurf und Antrag der Landesregierung auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag gemäß Artikel 66 Satz 2 LV Drucksache 14/5038	
Beschlussempfehlung und Bericht des Hauptausschusses Drucksache 14/5694		Beschlussempfehlung und Bericht des Hauptausschusses rucksache 14/5800	
zweite Lesung.....	9307	zweite Lesung	9313
Ilka von Boeselager (CDU).....	9307	<i>Ergebnis</i>	9313
Wolfram Kuschke (SPD)	9308	19 Zweites Gesetz zur Änderung personalvertretungsrechtlicher Regelungen des Bau- und Liegenschaftsbetriebes Nordrhein-Westfalen sowie des Landesbetriebs Straßenbau Nordrhein-Westfalen	
Ralf Witzel (FDP).....	9309	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/5606	
Sylvia Löhrmann (GRÜNE)	9310	erste Lesung	9313
Minister Dr. Ingo Wolf	9311	<i>Ergebnis</i>	9313
<i>Ergebnis</i>	9312		
16 Viertes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes			
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion der FDP und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/5584 – Neudruck			
Beschlussempfehlung und Bericht des Hauptausschusses Drucksache 14/5798			
zweite Lesung.....	9312		

20 Änderung des Abkommens über das Deutsche Institut für Bautechnik (DIBt) und Vollzug der Marktüberwachung-/aufsicht über harmonisierte Bautechnik

Antrag
der Landesregierung
auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag
gemäß Artikel 66 Satz 2 LV
Drucksache 14/5057

Beschlussempfehlung und Bericht
des Hauptausschusses
Drucksache 14/5801.....9313

Ergebnis.....9313

21 Kinder vor gefährlichem Spielzeug schützen!

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/5783.....9314

Ergebnis.....9314

22 Veräußerung eines Grundstücks des Bau- und Liegenschaftsbetriebs NRW in Münster

Antrag
des Finanzministers
gemäß § 64 Abs. 2 LHO
Vorlage 14/1423

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 14/5802.....9314

Ergebnis.....9314

23 Vereinbarung über die Ausführung von Vollzugsaufgaben im Sinne des Kapitels XI-2 der Anlage des internationalen Übereinkommens von 1974 zum Schutz des menschlichen Lebens auf See (SOLAS-Übereinkommen betreffend Seeschiffe – SOLAS-Ausführungsvereinbarung)

Antrag
der Landesregierung
auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag
gemäß Artikel 66 Satz 2 LV
Drucksache 14/5693.....9314

Ergebnis..... 9314

24 In den Ausschüssen erledigte Anträge

Übersicht 14/31

Abstimmungsergebnisse
der Ausschüsse zu Drucksachen

14/2402 (Neudruck)	-	AGS
14/2480	-	AIWFT
14/2877	-	AGS
14/3845	-	AWME
14/3932 EA	-	AWME
14/4473	-	AGFI
14/4474	-	AGS
14/4477	-	AWME
14/4487	-	AIWFT
14/4865	-	AIWFT

Drucksache 14/5803..... 9314

Ergebnis..... 9314

25 Beschlüsse zu Petitionen

Übersicht 14/36..... 9314

Ergebnis..... 9315

Entschuldigt waren:

Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers
Minister Andreas Krautscheid
(bis 13:00 Uhr)

Rolf Einmahl (CDU)
Marie-Theres Kastner (CDU)
Karl Kress (CDU)
(bis 11:30 Uhr)
Theo Kruse (CDU)
(bis 14:30 Uhr)
Michael Solf (CDU)
Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU)

Annegret Krauskopf (SPD)
Cornelia Ruhkemper (SPD)
André Stinka (SPD)
Elke Talhorst (SPD)

sungsrechtlich nicht zu beanstanden ist. Sie sollte daher erhalten bleiben.

Ich freue mich, dass der vorgelegte Gesetzentwurf nach erfolgter Beratung eine so breite Zustimmung gefunden hat. Schön, dass die SPD nach jahrzehntelanger Verweigerung auf den fahrenden Zug aufgesprungen ist.

(Beifall von der FDP)

Und die Grünen freuen sich jetzt über eine Mehrheit, die sie in zehn Jahren Regierungsbeteiligung selber nicht schaffen konnten.

Ich meine, es ist ein gutes Zeichen für dieses Land, dass wir jetzt zu einem Zweistimmenwahlrecht kommen, das andere schon lange haben. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Innenminister. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe damit die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Erstens stimmen wir über den **Änderungsantrag** aller vier Fraktionen **Drucksache 14/5842** ab. Wer ist für diesen Änderungsantrag? – Wer ist dagegen? – Herr Sagel. Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Bei einer Gegenstimme von Herrn Sagel ist der Änderungsantrag aller vier Fraktionen mit großer Mehrheit **beschlossen**.

Zweitens kommen wir zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/3978. Der Hauptausschuss empfiehlt in seiner **Beschlussempfehlung Drucksache 14/5694** unter **Ziffer 1**, den Gesetzentwurf unverändert unter Berücksichtigung der soeben beschlossenen Änderungen anzunehmen. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Bei einer Gegenstimme von Herrn Sagel vom Plenum mit breiter Mehrheit beschlossen. Damit ist die Beschlussempfehlung **angenommen** und der Gesetzentwurf in zweiter Lesung verabschiedet.

Drittens stimmen wir über den Gesetzentwurf der Fraktion der SPD Drucksache 14/4867 ab. Der Hauptausschuss empfiehlt in seiner **Beschlussempfehlung Drucksache 14/5694** unter **Ziffer 2**, den Gesetzentwurf abzulehnen. Wer für diese Beschlussempfehlung ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU und FDP. Wer ist dagegen? – SPD und Bündnis 90/Die Grünen und Herr Sagel. Damit ist die Beschlussempfehlung des Hauptausschusses in Ziffer 2 mit Mehrheit

angenommen und der Gesetzentwurf der Fraktion der SPD abgelehnt.

Ich rufe auf:

16 Viertes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/5584 – Neudruck

Beschlussempfehlung und Bericht
des Hauptausschusses
Drucksache 14/5798

zweite Lesung

Ich gebe das Wort an den Berichterstatter, den Herrn Parlamentarischen Geschäftsführer der CDU-Fraktion, Biesenbach. Bitte schön.

Peter Biesenbach (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Gesetzentwurf zu einem vierten Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes wurde durch das Plenum am 5. Dezember zur alleinigen Beratung an den Hauptausschuss überwiesen. Der Gesetzentwurf sieht die Erhöhung der Abgeordnetenbezüge ab dem 1. Juli 2008 um 1,275 % und die Erhöhung der sogenannten Mitarbeiterpauschale ab dem 1. Januar 2008 im Umfang der tariflich vereinbarten linearen Erhöhung vor.

Der Hauptausschuss hat den Gesetzentwurf aller Fraktionen in seiner Sitzung am 13. Dezember zur Beratung aufgerufen und einstimmig mit allen Stimmen der Fraktionen angenommen sowie vorgeschlagen, ihn heute im Plenum zu verabschieden. Dementsprechend empfiehlt der Hauptausschuss die Annahme des Gesetzentwurfs in der heutigen Plenumssitzung.

(Allgemeiner Beifall)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Berichterstatter. – Wird das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Damit schließe ich die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Hauptausschuss empfiehlt in der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/5798**, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und CDU. Wer ist dagegen? – Das ist Herr Sagel. Enthält sich jemand der Stimme? –

Dann ist auch dieser Gesetzentwurf mit den Stimmen aller vier Fraktionen gegen die Stimme von Herrn Sagel **angenommen**.

Ich rufe auf:

17 Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Rundfunkrates des Westdeutschen Rundfunks Köln

Wahlvorschlag
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/5799

Eine Debatte ist nicht vorgesehen.

Wir kommen deshalb direkt zur Abstimmung über den **Wahlvorschlag** der FDP **Drucksache 14/5799**. Wer für diesen Wahlvorschlag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU, FDP, GRÜNE und SPD. Wer ist dagegen? – Niemand. Gibt es Stimmenthaltungen? – Herr Sagel und Herr Witzel. Bei zwei Stimmenthaltungen von allen vier Fraktionen **angenommen**.

Ich rufe auf:

18 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsanwaltsversorgung, die Versorgung der Wirtschaftsprüfer und vereidigten Buchprüfer und die Versorgung der Steuerberaterinnen und Steuerberater sowie zur Änderung des Staatsvertrages zwischen dem Freistaat Thüringen und dem Land Nordrhein-Westfalen über die Zugehörigkeit der Steuerberater und Steuerberaterinnen des Freistaats Thüringen zum Versorgungswerk der Steuerberater im Land Nordrhein-Westfalen (Versorgungswerks-Änderungsgesetz NRW – VersWerk-ÄndG NRW)

Gesetzentwurf und Antrag
der Landesregierung
auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag
gemäß Artikel 66 Satz 2 LV
Drucksache 14/5038

Beschlussempfehlung und Bericht
des Hauptausschusses
Drucksache 14/5800

zweite Lesung

Wer wünscht das Wort? – Niemand. Damit schließe ich die Beratung.

Wir stimmen über die **Beschlussempfehlung** des Hauptausschusses **Drucksache 14/5800** ab, den

Gesetzentwurf in der Drucksache 14/5038 unverändert anzunehmen. Wer ist dafür? Ich bitte um das Handzeichen. – SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP und Herr Sagel. Ist jemand dagegen? – Enthaltungen? – Nein, dann ist das einstimmig so vom Landtag **beschlossen**.

Ich rufe auf:

19 Zweites Gesetz zur Änderung personalvertretungsrechtlicher Regelungen des Bau- und Liegenschaftsbetriebes Nordrhein-Westfalen sowie des Landesbetriebs Straßenbau Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/5606

erste Lesung

Auch hierzu ist eine Debatte nicht vorgesehen.

Wir kommen deshalb direkt zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Gesetzentwurfes 14/5606** an den **Haushalts- und Finanzausschuss** – federführend – sowie an den **Innenausschuss**. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Jemand dagegen? – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf:

20 Änderung des Abkommens über das Deutsche Institut für Bautechnik (DIBt) und Vollzug der Marktüberwachung/-aufsicht über harmonisierte Bautechnik

Antrag
der Landesregierung
auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag
gemäß Artikel 66 Satz 2 LV
Drucksache 14/5057

Beschlussempfehlung und Bericht
des Hauptausschusses
Drucksache 14/5801

Auch hierzu ist eine Debatte nicht vorgesehen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Hauptausschuss empfiehlt in der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/5801**, dem Antrag der Landesregierung auf Zustimmung zu diesem Staatsvertrag zu entsprechen. Wer ist dafür? – Ist jemand dagegen? – Enthaltungen? – Einstimmig ist dies so **beschlossen**.

Ich rufe auf:

Der Landtag Nordrhein-Westfalen hat am 19. Dezember 2007 folgendes Gesetz beschlossen:

**Viertes G e s e t z
zur Änderung des Abgeordnetengesetzes**

**Noch nicht
im Gesetz- und Verordnungsblatt NRW
veröffentlicht
Nachträgliche redaktionelle Berichtigungen zu dieser Ausfertigung
sind nicht auszuschließen**

Viertes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes

Artikel I

Das **Abgeordnetengesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (AbgG NRW)** vom 5. April 2005 (GV. NRW. S. 252), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. November 2007 (GV. NRW. S. 572), wird wie folgt geändert:

1. In § 5 Abs. 1 wird die Zahl "9.633" durch die Zahl "9.756" ersetzt.
2. In § 6 Abs. 3 wird die Zahl "3.500" durch die Zahl "3.602" ersetzt.

Artikel II

- a) Artikel I Ziffer 1 tritt mit Wirkung zum 1. Juli 2008 in Kraft.
- b) Artikel I Ziffer 2 tritt am 1. Januar 2008 in Kraft.



Gesetz- und Verordnungsblatt

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

61. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 28. Dezember 2007

Nummer 34
Letzte Nummer

Glied.- Nr.	Datum	Inhalt	Seite
1101	20. 12. 2007	Viertes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes	741
1102 2005 2021 20300 20320 20323	20. 12. 2007	Gesetz zur Anpassung der Besoldungs- und Versorgungsbezüge sowie zur Änderung besoldungs-, versorgungs- und dienstrechtlicher Vorschriften im Land Nordrhein-Westfalen	750
20320 221	20. 12. 2007	Hochschulmedizingesetz (HMG)	744
212 2128	11. 12. 2007	Krankenhausgestaltungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (KHGG NRW) und Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Transplantationsgesetzes (AG-TPG)	702
2125	20. 12. 2007	Verordnung zur Errichtung einer integrierten Untersuchungsanstalt im Regierungsbezirk Detmold	740
2128 223	20. 12. 2007	Gesetz zur Verbesserung des Nichtraucherschutzes in Nordrhein-Westfalen	742
216	18. 12. 2007	Verordnung über das Verwaltungsverfahren zur Gewährung der Landeszuschüsse und zum Prüfungsrecht des Landesrechnungshofes nach dem Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz KiBiz) (Verfahrensverordnung KiBiz VerfVO KiBiz)	739
223	8. 12. 2007	Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Ausbildung und Prüfung in den Bildungsgängen des Berufskollegs (APO-BK)	727
232 74 77	11. 12. 2007	Gesetz zur Änderung des Landeswassergesetzes, der Landesbauordnung und des Landesabfallgesetzes	708
77	11. 12. 2007	Gesetz zur Änderung und Ergänzung wasserverbandsrechtlicher Vorschriften	716
77	14. 12. 2007	Änderung der Satzung für den Niersverband	728
83	18. 12. 2007	Verordnung über die Zuständigkeiten im Bereich des Sozialen Entschädigungsrechts (ZuständigkeitsVO Soziales Entschädigungsrecht – ZustVO SER)	740
	20. 12. 2007	Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008)	728
	20. 12. 2007	Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2008 (Gemeindefinanzierungsgesetz – GFG 2008)	718

Stellung des Antrages seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt hat.

(2) Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe ist örtlich zuständig, wenn

- a) der Wohnsitz oder der gewöhnliche Aufenthalt des Antragstellers zur Zeit der Stellung des Antrages außerhalb des Landes Nordrhein-Westfalen liegt,
- b) nicht feststeht, ob oder wo der Antragsteller einen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt hat,
- c) die Schädigung auf einem deutschen Schiff oder Luftfahrzeug eingetreten ist.

(3) § 3 Abs. 2 bis Abs. 4 Satz 1 und § 4 des Gesetzes über das Verwaltungsverfahren der Kriegsopferversorgung in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. Mai 1976 (BGBl. I S. 1169), geändert durch Gesetz vom 18. August 1980 (BGBl. I S. 1469), gelten entsprechend.

§ 3

(1) Örtlich zuständig für die Versorgung entsprechend den §§ 25 bis 27g und 27i des Bundesversorgungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Januar 1982 (BGBl. I S. 21), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Juli 1985 (BGBl. I S. 1450), die den Trägern der Kriegsopferfürsorge des Landes nach § 4 Abs. 1 und § 6 Abs. 1 Opferentschädigungsgesetz obliegt, ist der sachlich zuständige Träger der Kriegsopferfürsorge, in dessen Bezirk der Geschädigte oder Hinterbliebene eines Geschädigten seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt hat.

(2) Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe ist örtlich zuständig, wenn

- a) der Wohnsitz oder der gewöhnliche Aufenthalt des Geschädigten oder Hinterbliebenen eines Geschädigten außerhalb des Landes Nordrhein-Westfalen liegt,
- b) die Schädigung auf einem deutschen Schiff oder Luftfahrzeug eingetreten ist.

(3) Steht nicht fest, ob oder wo der Geschädigte oder Hinterbliebene eines Geschädigten einen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt hat, ist örtlich zuständig der Träger der Kriegsopferfürsorge, in dessen Bezirk sich der Geschädigte oder Hinterbliebene eines Geschädigten tatsächlich aufhält.

§ 4

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2008 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verordnung über die örtliche Zuständigkeit nach dem Opferentschädigungsgesetz vom 18. Oktober 1985 (GV. NRW. S. 609) außer Kraft.

Das zuständige Ministerium berichtet der Landesregierung bis zum 31. Oktober 2010 über die Auswirkungen und die Notwendigkeit des Fortbestehens dieser Verordnung.

Düsseldorf, den 18. Dezember 2007

Die Landesregierung
Nordrhein-Westfalen

Der Ministerpräsident

(L. S.) Dr. Jürgen Rüttgers

Der Finanzminister

Dr. Helmut Linsen

Der Innenminister

Dr. Ingo Wolf

Der Minister
für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Karl-Josef Laumann

– GV. NRW. 2007 S. 740

1101

**Viertes Gesetz
zur Änderung des Abgeordnetengesetzes
Vom 20. Dezember 2007**

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

**Viertes Gesetz
zur Änderung des Abgeordnetengesetzes**

Artikel I

Das Abgeordnetengesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (AbgG NRW) vom 5. April 2005 (GV. NRW. S. 252), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. November 2007 (GV. NRW. S. 572), wird wie folgt geändert:

- 1. In § 5 Abs. 1 wird die Zahl „9.633“ durch die Zahl „9.756“ ersetzt.
- 2. In § 6 Abs. 3 wird die Zahl „3.500“ durch die Zahl „3.602“ ersetzt.

Artikel II

- 1. Artikel I Nr. 1 tritt mit Wirkung zum 1. Juli 2008 in Kraft.
- 2. Artikel I Nr. 2 tritt am 1. Januar 2008 in Kraft.

Düsseldorf, den 20. Dezember 2007

Die Landesregierung
Nordrhein-Westfalen

Der Ministerpräsident

(L. S.) Dr. Jürgen Rüttgers

Der Innenminister

Dr. Ingo Wolf

– GV. NRW. 2007 S. 741